



Religionsfreiheit

Obwohl der Islam in seiner streng orthodox-sunnitischen Ausprägung des Wahhabismus in Katar Staatsreligion ist, gibt es aufgrund der hohen Zahl an Arbeitsmigrant*innen Menschen vieler nicht-islamischer Glaubensgemeinschaften. Ihnen wird die Ausübung ihrer Religion erheblich erschwert. Ausschließlich das Christentum wird neben dem Islam geduldet und kann in einem Industriegebiet fernab der Hauptstadt praktiziert werden. Hinduismus, Buddhismus und der Bahá'í-Glaube werden nicht als Religionen anerkannt und haben in Katar keine offiziellen religiösen Orte. Der Nachrichtensender Al Jazeera macht seit Jahrzehnten Stimmung gegen Andersgläubige und Anfeindungen. Diskriminierung sowohl im Privaten als auch in der Öffentlichkeit gehören zum Alltag der religiösen Minderheiten Katars. Die Bahá'í-Gemeinde in Katar berichtet von Abschiebungen und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Die Existenz der Gemeinschaft ist stark bedroht. Im Jahr 2009 wurde der damalige Bahá'í-Friedhof in der Doha mit Bulldozern geplant und Gräber wurden ausgehoben. Für viele ist die Ausübung ihrer Religion faktisch unmöglich geworden.

Die Konversion vom Islam zu anderen Religionen gilt als Abfall vom Glauben und steht unter Todesstrafe. Konvertit*innen werden auch von Nachbar*innen oder eigenen Familienmitgliedern diskriminiert. Auch nicht-islamische religiöse Symbole dürfen in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden. Die Regierung kontrolliert alle Veröffentlichungen und die Einfuhr und Verteilung aller religiösen Bücher und Materialien.



Finanzierung islamistischer Terrorgruppen

Seit den 1990er Jahren werden islamistische Gruppen von wohlhabenden Scheichs aus Katar privat mitfinanziert. Wenig später begann auch die katarische Regierung damit. Durch diplomatische Mediation sowie Gelder und Waffen unterstützt Katar Islamismus weltweit. Die Finanzierung läuft über die internationale Muslimbruderschaft und/oder über die katarische „Nichtregierungsorganisation“ Qatar Charity. Es kam schon mehrmals zu Gerichtsverfahren über die Verwendungszwecke der Gelder und den Weg über die Banken an islamistische Gruppen. 2012 flossen über 400 Millionen US-Dollar an die Hamas. Es ist insgesamt schwierig aufzudecken, wo es mafiöse staatliche Strukturen gibt und wo private Finanziere unter dem Deckmantel karitativer Organisationen terroristische Gruppen mitfinanzieren. Deutlich ist aber, dass Katar seine finanzielle Stärke nutzt, um islamistische Gruppen zu stabilisieren und zu stärken.

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0

E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de



@bedrohteVoelker



@bedrohteVoelker

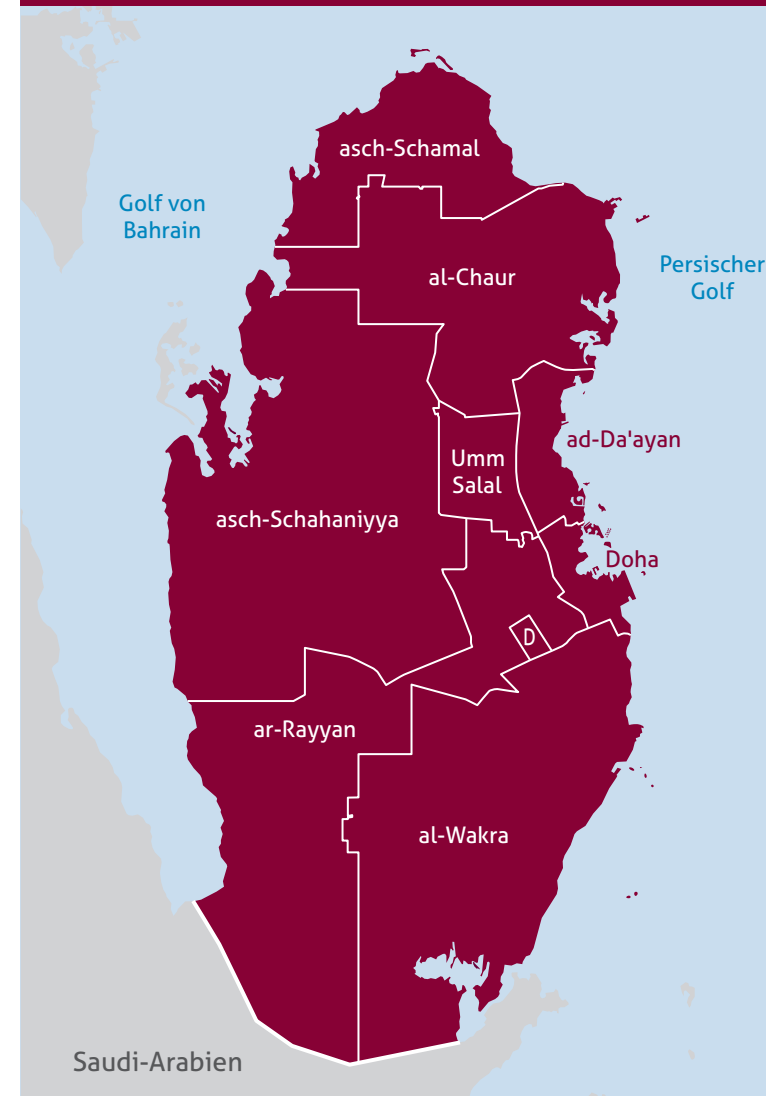
Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



Geprüft + Empfohlen!

Länderportrait Katar



Stand: Januar 2023, Produktion: Elena Dellmuth, Text: Tabea Giesecke/Kamal Sido, Layout: Tanja Wieczorek



Gesellschaft für bedrohte Völker

Länderportrait Katar

Hauptstadt: Doha

Fläche: 11.627 km²

Staats- und Regierungsform: Absolute Monarchie

Staatsoberhaupt: Emir Tamim bin Hamad Al Thani

Bevölkerungszahl: 2.881.000, davon sind nur etwa 12 Prozent gebürtige Kataris

Amtssprache: Arabisch, Englisch

Höchste CO₂-Emission pro Kopf weltweit

Katar ist eine absolute Monarchie. Deshalb besitzt das Staatsoberhaupt, der Emir Tamim bin Hamad Al Thani, die exekutive und die legislative Gewalt. Die politische Macht wird innerhalb der Al Thani-Familie vererbt, Parteien sind nicht zugelassen. Während katarische Bürger*innen zu den wohlhabendsten der Welt gehören, besteht ein Großteil der Bevölkerung und beinahe die gesamte Arbeitnehmer*innenschaft aus Nicht-Kataris, die deutlich weniger Privilegien genießen. Das restriktive Kafala-System, das Arbeitnehmer*innen von ihrem Arbeitgeber abhängig machte, wurde zwar offiziell abgeschafft, aber viele Probleme bestehen weiterhin und Reformen werden meist nicht umgesetzt. So wird beispielsweise oft kein freier Tag zugestanden oder nicht ausgezahlt.



Emblem von Katar, Quelle: Wikipedia

Menschenrechte-Check:



Politische Rechte

Das Wahlrecht gilt ausschließlich für katarische Staatsbürger*innen, die länger als zwei Generationen in dem Emirat leben. Nur sie können bei Kommunalwahlen und Abstimmungen über Verfassungsänderungen ihre Stimme direkt abgeben. Erst 2021 wurde der Shura-Rat als neue Instanz eingeführt. Dieser ist zwar nicht mit einem Parlament zu vergleichen, er stößt jedoch Gesetze an, stimmt dem jährlichen Haushaltsbudget zu und kann Minister entlassen, immer unter Voraussetzung, dass der Emir gegen die Beschlüsse des Rates kein Veto einlegt. Auch benennt der Emir ein Drittel der Ratsmitglieder. Durch die wenigen Partizipationsmöglichkeiten für Kataris und der Ausschließung aller anderen Einwohner*innen ist die Teilhabe an der katarischen Politik kaum vorhanden. Es ist auch nicht erlaubt, dass sich Bürger*innen in Parteien oder Gewerkschaften zusammenschließen.



Frauenrechte

Katars politische Landschaft wird nahezu ausschließlich von Männern dominiert. Die männliche Führungsrolle setzt sich auch im Privaten fort. Es gilt das System der männlichen Vormundschaft, das Frauenrechte stark einschränkt. Entscheidungen, die eine Frau gegen den Willen ihres Vormunds trifft, können laut Gesetz zur Anklage führen. Außerdem besteht insbesondere für weibliche Arbeitsmigrantinnen kein effektiver Schutz vor physischer Gewalt oder sexuellen Missbrauch. Auch vor Gericht erfahren Frauen in Katar

Diskriminierung, da ihrer Stimme in Prozessen weniger Gewicht beigemessen wird als den Aussagen ihrer männlichen Mitbürger.



LGBTQIA+-Rechte

Noch prekärer steht es in Katar um die LGBTQIA+-Rechte. Homosexualität ist in Katar verboten. Das Rechtssystem, das sich in Katar an der Scharia orientiert, sieht für Homosexualität Haftstrafen von bis zu sieben Jahren vor. Für muslimische Staatsbürger*innen kann dafür sogar die Todesstrafe verhängt werden. Selbst die öffentliche Solidarisierung mit der LGBTQIA+-Community und das Einsetzen für ihre Rechte stehen unter Strafe.



Presse- und Meinungsfreiheit

Mit dem Nachrichtensender Al Jazeera sitzt eines der größten Medienunternehmen weltweit in Doha. Doch was einst als Sprachrohr für Minderheiten im arabischen Raum begann, ist inzwischen zu einem staatstreuen Propagandasender verkommen. Insbesondere der arabische Kanal des Senders meidet jegliche Regierungskritik und wird von der katarischen Elite zur Verbreitung ihrer Ideologie missbraucht. Insgesamt nimmt die Zahl der unabhängigen Nachrichtenportale aufgrund der Dominanz Al Jazeeras und der restriktiven Gesetze des Staates stetig ab. Um kritische Berichterstattungen international zu verhindern, wird immer wieder ausländischen Journalist*innen die Ein- oder Ausreise verweigert oder ihr Material wird beschlagnahmt.

